

kratische Methode würde nicht nur zu einer tatsächlichen Ersparnis führen, sondern kann unter Umständen sogar zum Ausgangspunkt erheblicher Vergeudung führen. Die von uns allen angestrebte Sparsamkeit auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Verwaltung muß zu einem beständigen und allgemeinen Element unseres Denkens und Handelns werden. Meine Damen und Herren, vergessen wir nicht: Jede eingesparte Minute, jede eingesparte Mark, jedes eingesparte Kilogramm Rohstoff summieren sich zu Millionen von Arbeitsstunden, zu Hundertmillionen von Markbeträgen und zu Tausenden von Tonnen wertvollsten Rohmaterials. Auch bei den scheinbaren Kleinigkeiten, bei dem Wenigen sparen vergessen wir nicht, daß viele Wenige ein Viel machen. Die Aufgabe des sparsamen Wirtschaftens und Verwaltens ist nicht nur von oben eine Notwendigkeit, sondern wird erst dann zu lebendiger Wirklichkeit, wenn diese Maßnahme getragen wird von den breitesten Massen der Verwaltungsangestellten, den Werktätigen in Stadt und Land, im Bündnis mit unseren fortschrittlichen Technikern und Ingenieuren in der Entwicklung des Wettbewerbes in allen Betrieben und Verwaltungen.

Noch verstehen wir es nicht, mit aller Ernsthaftigkeit die Verschwendung von Rohstoffen, Kohle und Energie und andere Verluste und Schäden durch planmäßige und gewissenhaftere Maßnahmen zu beseitigen. Wir widmen noch zu wenig den wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnissen der Tätigkeit der volkseigenen Betriebe die gebührende Aufmerksamkeit, überlegen nicht, wie teuer die Herstellung einer Produktionseinheit zu stehen kommt, streben noch nicht in genügendem Maße die Hebung der Rentabilität der Wirtschaft an und trachten noch nicht nach der Erfüllung und strengsten Einhaltung der Finanzpläne. Auch heute ist noch in einigen volkseigenen Betrieben zu beobachten, daß die Mißwirtschaft noch nicht beseitigt ist. Diese Tatsachen zeigen uns aber auch, daß es noch gewaltige Reserven gibt, über die unsere Produktion noch verfügt.

Die Leiter der volkseigenen Betriebe müssen sich die Erfahrungen der fortschrittlichen Betriebe zunutze machen und die Erfüllung der Planaufgaben und eine systematische Herabsetzung der Selbstkosten zu gewährleisten suchen. Die Erfüllung des Zweijahrplanes ist nur dann gegeben, wenn in der volkseigenen Wirtschaft nicht nur die geforderten Mengen produziert werden, sondern wenn dies auch unter Senkung der Selbstkosten geschieht. Das gleiche gilt für die Finanzverwaltung.

Es kommt darauf an, das Steuersoll zu erfüllen unter weitgehender Rationalisierung des Verwaltungsapparates und der davon abhängenden Senkung der Verwaltungskosten. Es ist zu wünschen, daß die für die Industrie bestimmten Investitionsmittel nur für diese Zwecke Verwendung finden und daß die Neuordnung der Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe es künftig ausschließt, daß derartige Gelder zur Vermehrung des Umlaufkapitals Verwendung finden. Die Leiter der volkseigenen Betriebe sollten sich doch darüber im klaren sein, daß jede Hortung von Betriebsmitteln, die unnötige Anhäufung von Material und die Zurückhaltung von Fertigprodukten zu einer gefährlichen Belastung der Geldwirtschaft führen können.

Der Wille, die demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone zu festigen, hat aber auch von Jahr zu Jahr zu einer Steigerung der sozialen und kulturellen Aufwendungen geführt. So stiegen die Aufwendungen für das Gesundheitswesen in den Rechnungsjahren 1947 bis 1949 von 14,8 Millionen auf 21,3 Millionen und schließlich im Rechnungsjahr 1949 auf 23,5 Millionen, die Aufwendungen für das Grundschulwesen in den drei Rechnungsjahren von rund 81 Millionen auf 97,6 Millionen, bei den Fachschulen von 4,5 auf rund 6 Millionen, bei den Hochschulen von 15,3 auf

19,1 Millionen und schließlich auf 20 Millionen im Jahre 1949. Mit der Festsetzung dieser hohen Ansätze wird der Landtag die Möglichkeiten einer weitgehenden Förderung der bezeichneten Aufgaben geben. Es liegt nun an Regierung und Verwaltung, diese Mittel so wirtschaftlich zu verwalten, daß der höchstmögliche Nutzeffekt für die Bevölkerung gewährleistet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir unter diesem Gesichtswinkel die Beratungen des Haushaltplanes im Lande Sachsen betrachten, dann sehen wir, daß wir nicht nur mit einer Zuversicht, nicht nur mit einem gesunden Optimismus in das kommende Jahr hineingehen können, nein, erfüllen wir unsere Aufgabe und helfen wir mit, den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1949 vorfristig und überzuerfüllen, dann leisten wir damit einen großen Beitrag für den Wiederaufstieg unseres Volkes, es wird ein Beitrag, ein Grundstein für den Frieden und ein Grundstein für ein wirklich gesundes, einheitliches demokratisches Deutschland sein. (Beifall.)

Vizepräsident D. Hickmann:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Liebler.

Abg. Dr. Liebler (LDP):

Meine Damen und Herren!

Wenn wir uns heute mit aller Klarheit und Eindringlichkeit mit dem Haushaltplan beschäftigen, so darf ich an die Worte meines Herrn Vorredners anknüpfen, wo er sagte, daß unsere Arbeit in den vergangenen Jahren seit dem Zusammenbruch sich bis zum heutigen Zeitpunkt stetig verbessert hat und der vorgelegte Haushaltplan mit den ihm zugrunde liegenden Vorgängen uns die Überzeugung zu vermitteln geeignet ist, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß wir Anlaß haben, mit Vertrauen in die Zukunft zu schauen.

Das entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, selbstkritisch unsere Arbeit zu überprüfen und uns zu überlegen, wo es besser gemacht werden kann. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Kritik an Reisekosten ein Grundproblem darstellt und daß die von meinem Herrn Vorredner geübte Kritik im Rahmen der von ihm so stark betonten Notwendigkeit zur Sparsamkeit liegt. Aber wer reist und unterwegs ist, weiß, daß Reisekosten die Angewohnheit haben, nie zu reichen, und wenn wir von unseren Angestellten in der Verwaltung verlangen, daß sie ihre Arbeit intensivieren, so sollte man, glaube ich, nicht an diesem Punkte ansetzen, um die Notwendigkeit zur Sparsamkeit besonders zu betonen.

Tatsache ist, daß der Haushaltplan von seiten des Finanzministeriums dem Landtag zugeleitet worden ist mit der Erklärung, daß es dem Kabinett nicht möglich gewesen sei, sich mit dem Haushaltplan so intensiv zu beschäftigen, wie es notwendig gewesen sei, und daß diese Arbeit nun im Landtag geleistet werden soll. Das bedeutet nicht mehr oder weniger, als daß die Verantwortung und die Arbeit dem Landtag auferlegt worden ist. Wir wollen uns dieser Verantwortung nicht entziehen, aber ich halte es für notwendig zu betonen, daß wir den dringenden Wunsch haben, daß wir uns in diesem Jahr oder im kommenden Jahr mit dem Haushaltplan nicht unter der gleichen Zeitnot beschäftigen müssen wie es in diesem Jahr, aus technischen Gründen will ich sagen, notwendig war. (Sehr richtig!)

Wir tragen eine ungeheure Verantwortung mit dem Haushaltplan. Wir haben die Feststellung machen müssen, daß wohl noch nie in der parlamentarischen Geschichte Volksvertreter so viele und so kurzfristig schwierigste Entscheidungen zu treffen gezwungen waren, wobei in der Regel die Güte nicht darunter gelitten hat;